

**Rede des Vorsitzenden der SPD-Fraktion Berlin, Raed Saleh zur Halbzeitbilanz, 24. Januar 2014, Klausurtagung der SPD-Fraktion in Braunschweig**

- es gilt das gesprochene Wort -

Liebe Genossinnen und Genossen,

heute beginnt unsere dritte Fraktionsklausur dieser Legislaturperiode. Nach nunmehr fast 2½ Jahren wollen wir bilanzieren. Unser Koalitionspartner hat ja schon im November seine Klausurtagung abgehalten. Die meisten wissen zwar nicht mehr, was das Thema war. Aber wir alle haben gelesen: Ab sofort sei man im Wahlkampfmodus. Offenbar war der Wahlkampf-Auftakt etwas holprig.

Wir sind im Arbeitsmodus. Wir werden unsere Schwerpunkte für die zweite Halbzeit erarbeiten. Deshalb braucht ihr von mir auch keine Wutrede zu erwarten. Für unsere Klausur haben wir bewusst einen innenpolitischen Schwerpunkt gewählt. Denn wir erheben selbstverständlich den Anspruch, maßgeblich auch und gerade Berliner Innenpolitik zu gestalten. Wir wollen hier nicht weniger erarbeiten und verabreden, als unser innenpolitisches Rahmenprogramm der kommenden Jahre.

Und wir brauchen uns da nicht zu verstecken: Die strategische Ausrichtung der Berliner Innenpolitik ist von uns geprägt. Erhart Körting und viele andere, allen voran unser Thomas Kleineidam, haben über Jahre dazu beigetragen, dass Berlin eine friedliche Kultur der Sicherheit und der Deeskalation entwickelt hat. In Berlin leben Menschen aus über 180 Nationen. Bei uns fühlen sich Menschen verschiedener Glaubensbekenntnisse und unterschiedlichster Lebensentwürfe wohl.

Die Innenpolitik ist für uns kein Experimentierfeld für Profilgehabe. Ich spreche niemandem ab, es zum Beispiel mit Flüchtlingen gut zu meinen. Aber was mich stört sind die Instrumentalisierung und die politische Inszenierung.

Lieber Klaus Wowereit, Du hast eine klare und sensible Haltung gezeigt. Für uns gilt: Wir betreiben Flüchtlingspolitik weder auf dem Rücken von sehr bedrückenden

Einzelschicksalen – noch auf dem Rücken von umgeknickten Grashalmen – und auch nicht auf dem Rücken unserer Polizistinnen und Polizisten.

### Wirtschaft & soziale Gerechtigkeit

Genossinnen und Genossen, Berlin ist die wachsende Stadt. Hier werden Dinge oft zuerst diskutiert. Wir sind ein kultureller Schmelztiegel, eine lebhaftige Metropole. In Berlin wächst die Wirtschaft überdurchschnittlich aber zugleich stehen wir auch vor großen Aufgaben.

Ich bin davon überzeugt: Es gibt Parteien, die als besonders wirtschaftskompetent gelten. Andere werden als nur als sozial angesehen. Aber wir sind die politische Kraft, die beides zusammen denkt und gestaltet. Wirtschaft und soziale Gerechtigkeit – beides zusammen zu gestalten ist wichtig für die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt!

### Wahlkreistage / Parlamentsreform

Und ich möchte, dass wir gemeinsam noch mehr daran arbeiten, unsere Politik, unsere Konzepte und Entscheidungen zu erklären, aber auch zu hinterfragen. Wir gehen raus aus unserem Schema. Raus aus den Ritualen. Raus aus der politischen Bannmeile. Wir werden noch besser zuhören. Wir sind auf einem guten Weg.

Neben den vielen Vorortterminen in unseren Kiezen führen wir seit einiger Zeit einmal im Jahr zentrale Wahlkreistage durch. Fast alle von uns haben das zuletzt gemacht. Wir informieren die Bürgerinnen und Bürger mit jetzt schon großem Aufwand und werden das verstärken. Wir unterstützen das organisatorisch. Deshalb schlage ich vor, dass wir künftig zwei Wahlkreistage pro Abgeordneten durch die Fraktion unterstützen.

Vor einiger Zeit haben viele von uns die Jobcenter in ihren Kiezen besucht, dort hospitiert. Lasst uns das wiederholen. Lasst uns da nicht nur einmal hingehen. Wir kommen wieder, Genossinnen und Genossen. Wir wollen´s wissen!

Seit diesem Jahr greift die Parlamentsreform. Wir alle haben gemeinsam entschieden, Bürgernähe ist Kieznähe. Wir hatten den Mut, das auch zu sagen. Wir wollen hin zu den

Leuten und verstecken uns nicht am Potsdamer Platz. Über Jahrzehnte wussten alle, dass wir diese Reform brauchten. Unser Dank gilt an dieser Stelle unserem Parlamentarischen Geschäftsführer.

### Strategische Linien

Die Fraktion stand im Herbst 2011 vor einem echten Neuanfang. Personell haben wir einen komplett neuen geschäftsführenden Fraktionsvorstand gewählt. Politisch waren zudem viele Beobachter gespannt, ob in unserer Stadt eine rot-schwarze Koalition funktioniert. Viele mussten ihre Vorbehalte korrigieren.

Wir haben unsere Visionen umgesetzt. Dabei haben wir nie nur in knappen Zeitachsen gedacht. Die langen, die strategischen Linien, sind die, die eine führende politische Kraft lenken muss. Politischer Führungsanspruch kann nur aus inhaltlicher Argumentation, durch das überzeugendere Konzept und wegen der strategischen Durchsetzung gelingen.

Wir haben in den zwei Jahren bisher gezeigt, dass wir zu Recht die führende politische Kraft in Berlin sind, liebe Genossinnen und Genossen.

### Mindestlohn

Ein Beispiel für die strategische Linie möchte ich nennen: Im Wahlkampf 2011 haben 11 Mitglieder unserer Fraktion die streikenden Kolleginnen und Kollegen einer Pflegeeinrichtung in Marzahn-Hellersdorf besucht. Wir standen da Seite an Seite mit den Gewerkschaften. Das Bemerkenswerte war, dass die Kollegen dort über 80 Tage im Arbeitskampf waren. Derselbe Arbeitgeber hat für die gleiche Arbeit im Ostteil der Stadt bis zu 20% weniger gezahlt, als im Westteil.

Unsere Abgeordneten haben da aber nicht nur Schultern geklopft. Sie haben den Entwurf einer Gesetzesnovelle auf den Tisch gelegt. Nach dem Wahlkampf haben wir diesen Entwurf konkrete Politik werden lassen. Im Berliner Ausschreibungs- und Vergabegesetz wurde festgeschrieben, dass wir öffentliche Aufträge nur noch an diejenigen vergeben, die gleichen Lohn für Frau und Mann und gleichen Lohn in Ost und West für gleiche Arbeit

zahlen. Bei einem Volumen von 4 Milliarden Euro für öffentliche Aufträge ist das nichts Kleines, sondern eine große Leistung, und darauf sind wir stolz. Bei diesem ersten wichtigen Schritt sind wir aber nicht stehen geblieben.

Unser politisches Selbstverständnis führt zu einer klaren Agenda: Wir wollen alle am Wohlstand teilhaben lassen. Wir wollen Gleichberechtigung und Chancengleichheit für alle. Wir wollen das gleichberechtigte Nebeneinander aller Lebensentwürfe in unserer Gesellschaft. Unser Anspruch als Volkspartei gilt dem Gemeinwohl und nicht irgendeiner abgrenzbaren Gruppe. Wir sind die Partei der sozialen Gerechtigkeit und des Aufstiegs. Und wenn etwas in unserer Gesellschaft ungerecht ist, dann dass man nicht von seiner Hände Arbeit leben kann. Der Mindestlohn ist dabei nicht Selbstzweck.

Und 8.50 Euro Stundenlohn schaffen weder üppige Lebensverhältnisse, noch würgen sie Wirtschaftswachstum ab; den Bären lassen wir uns nicht aufbinden. Der gesetzliche Mindestlohn ist kein Selbstzweck. Der gesetzliche Mindestlohn ist eine Selbstverständlichkeit. Wir haben ihn in Berlin durchgesetzt. Wir haben vorgelegt und alles getan, was ein Landesgesetzgeber leisten kann. Gleicher Lohn in Ost und West, Gleicher Lohn für Frau und Mann, und zwar mindestens 8,50 Euro und für alle, ohne Ausnahmen. Das gilt jetzt in Berlin für die, die als Arbeitgeber staatliches Geld bekommen oder beim Staat und seinen Beteiligungen beschäftigt sind. Das ist unser Erfolg. Das ist der Erfolg unserer Fachpolitiker und unserer Senatorin Dilek Kolat, Genossinnen und Genossen.

### Integration

Unsere Stadt steht vor einer ganz zentralen Herausforderung. Bald werden wir mehr als die Hälfte unserer Kinder mit einem Migrationshintergrund einschulen. Viele dieser Kinder sind hier geboren, in Berliner Krankenhäusern. Das sind unsere Kinder. Deshalb ärgert mich das Wort „Willkommenskultur“ für diese Kinder. Wir brauchen eine Aufstiegskultur, keine Willkommenskultur für unsere jungen Berlinerinnen und Berliner.

Integration ist für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten vor allem soziale und keine ethnische Aufgabe. Auch die, die neu zu uns kommen, von überall aus der Welt,

sind uns herzlich willkommen. Wir begreifen die Hinzukommenden als Bereicherung unserer offenen Gesellschaft. Wir fordern von allen Berlinerinnen und Berlinern, den neuen und den hier geborenen, gleichermaßen Akzeptanz und Toleranz.

Unsere Gesetze gelten und unsere Gesetze werden durchgesetzt. Aber die Menschen aus der ganzen Welt willkommen zu heißen bedeutet auch, ihnen Möglichkeiten einzuräumen und Integration als echte Querschnittsaufgabe zu erleichtern. Auch deshalb ist unser Gesetz über die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse, das wir bald beschließen wollen, so wichtig.

### Wirtschaft

Die Basis für die Chancen aller Berlinerinnen und Berliner ist eine starke Wirtschaft. Und hier haben wir eine beeindruckende Bilanz: 40.000 Unternehmensgründungen pro Jahr, 8% Senkung der Arbeitslosigkeit seit 2005, 1,24 Millionen sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse – 2,5% mehr, als im Vorjahr. Das zeigt doch: Der Fleiß von Arbeitnemern und Unternehmern bringt die Stadt voran.

Aber auch unsere politische Linie ist erfolgreich: Seit 2004 sind wir bei den sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen besser als der Bundesschnitt. Die Berliner Wirtschaft wächst fast doppelt so stark, wie im restlichen Bundesgebiet. Mit 25 Millionen Übernachtungen hat Berlin eine neue Höchstmarke eingenommen.

Wir haben übrigens nicht nur den Handwerkerparkausweis eingeführt. Wir haben endlich auch eine einheitliche Wirtschaftsförderstruktur durchgesetzt. Und wir halten an unserem Fahrplan fest: Tegel wird Forschungs- und Industriepark. Tegel wird neues Innovations- und Produktionszentrum. TXL wird durchdacht entwickelt und eine Fläche höchster Priorität mit gesamtstädtischer Bedeutung. Und lasst uns weiterhin mutig sein:

Wir wollen, dass in Berlin wieder mehr produziert wird. Wir stehen dazu, dass wir die Chancen auf neue Arbeitsplätze in der Berliner Industrie nutzen.

## Vorteile Berlins

Und schauen wir genauer hin. Wir haben da etwas anzubieten, was bundesweit seinesgleichen sucht: Keine Metropole verfügt über derartige Flächenpotentiale. Keine Metropole hat ein derart dichtes Netz öffentlichen Personennahverkehrs und hochklassiger Gesundheitsversorgung. Keine Metropole ist so familienfreundlich aufgestellt. Keine Metropole hat 164.000 Studierende an zwei Exzellenzuniversitäten und anderen Hochschulen und vier Exzellenzclustern in neun Graduiertenschulen. Keine Metropole hat unser kulturelles Umfeld. Keine andere Stadt in Deutschland ist Heimat für so viele Institutionen. Und keine Metropole meckert so charmant wie wir.

## Bildung

Der wichtigste Standortvorteil ist jedoch unsere herausragende Bildungslandschaft. In dieser Legislaturperiode wurden bereits 10.000 neue Kitaplätze geschaffen. In diesem Jahr kommt erstmalig unser Kitasanierungsprogramm mit 10 Mio. Euro hinzu.

Seit 2012 setzen wir 64 Mio. Euro jährlich für die Schul- und Sportanlagenanierung ein. Wir wissen, dass hier ein großer Bedarf besteht. Und wir wollen dadurch auch immer zugleich unsere mittelständischen Unternehmen unterstützen.

Wir haben ein Brennpunktschulprogramm eingeführt. Wir unterstützen diese Schulen mit 15 Mio. Euro. Und das ist wegweisend und wird zum Erfolg.

Die Musikschulen erhalten zusätzlich 5 Mio. Euro mehr im Doppelhaushalt. Wir sollten das verstetigen. Wir haben 2.700 neue Lehrerinnen und Lehrer eingestellt und die Hortlücke geschlossen. Wir haben die Einsteinstiftung mit weiteren 7 Mio. Euro gestärkt. Die Hochschulverträge gelten als wegweisend. Ich erinnere an die Ganztagsbetreuung behinderter Jugendlicher und ich erinnere an unsere Qualitätsoffensive beim Schulessen. Es ist uns gelungen, trotz fehlender Bundesmittel die Schulsozialarbeiterstellen zu retten.

Genossinnen und Genossen, Sandras Etat ist um 400 Mio. Euro gewachsen, denn wir wissen, wie wichtig Bildungschancen sind. Ein Riesen-Erfolg für Sandra und die Berliner

SPD.

### Kitadialog

Mit der verpflichtenden Sprachstandsfeststellung vor der Schule und der konsequenten Durchsetzung der Schulpflicht haben wir einen richtigen Weg eingeschlagen. Der Nachteil mangelnder Sprachkenntnisse oder anderer Probleme bei der Einschulung zieht fast zwangsläufig eine abgebrochene, jedenfalls schwächere Bildungskarriere nach sich.

Niemand bestreitet mehr, dass an dieser zentralen Stelle der Kita als Bildungseinrichtung eine ganz und gar herausragende Bedeutung zukommt. Glaubt mir, es ist mir vollkommen egal, wie man es am Ende nennt. Es spielt auch gar keine Rolle, wer's erfunden hat, noch weniger, wie der Koalitionspartner dazu taktiert.

Fakt ist, trotz aller Bemühungen, trotz aller Anreize; wir haben noch Tausende über dreijährige Kinder, die unsere vorbildlichen Kitas nicht besuchen. Zwei Drittel aller Kinder, die nie die Kita besucht haben, kommen mit Sprachdefiziten in die Schule. Nach zwei Jahren Kita-Besuch sind es nur 19 Prozent. Aber 11 Prozent aller Kinder besuchen die Kita weniger als zwei Jahre. 10 Prozent aller Schülerinnen und Schüler verlassen die Schule am Ende ohne Abschluss.

Und es gibt eine Dimension, für die es keine Statistik gibt. In manchen Vierteln Berlins braucht man nur eine normale Grundschule zu besuchen und mit der Lehrerin oder dem Lehrer zu sprechen. Dann sagen sie Dir ins Gesicht: Eigentlich sind von den 24 Schülerinnen und Schülern 3 oder 4 Kinder gar nicht beschulbar. Was für ein schreckliches Wort.

Dieses Thema berührt unsere Grundwerte: Wir sind die SPD. Und wir lassen kein Kind, egal wie viele es sein mögen, zurück. Und natürlich kenne ich all die juristischen Bedenken, aufgeschrieben und immer wieder abgeschrieben von verdienten Juristen.

Die SPD-Fraktion führt auch an dieser Stelle die bewegende Debatte für Berlin. Wir führen zum Glück keine Debatte über das Ziel. Wir führen aber sehr wohl gemeinsam eine

Debatte über den richtigen Weg. Das tun wir seit letztem Oktober im breit angelegten Kitadialog. Ich weiß, dass man große Bildungsreformen nicht im Konflikt schafft. Sondern wie bei der Schulreform, braucht man ein gesellschaftliches Verständnis. Wir werden das System Kita strukturell verändern. Wir werden mehr Verbindlichkeit und auch mehr Verpflichtung ins System bringen. Wir sind bereit zum Kompromiss. Aber in einer Frage ist und bleibt die SPD kompromisslos: Wir lassen kein Kind zurück.

## Wohnen

Nicht nur die Bildung, auch das Thema Wohnen ist für die SPD die zentrale Aufgabe für dieses Jahrzehnt. Ich werbe für ein wirtschaftsfreundliches Klima. Wir müssen Investoren das Gefühl geben, willkommen zu sein. Zu unseren Standortvorteilen muss hinzutreten, dass wir Türen öffnen, zuhören und beschleunigen, wenn es überzeugende Konzepte gibt. Wir werden das auch parlamentarisch begleiten und unterstützen.

Ich möchte auch nicht hinnehmen, dass Projekte jahrelang durch unsere Mühlen zerredet werden. Von uns wird zu Recht erwartet, dass wir solche Prozesse durch Entscheidungen gestalten. Es kann doch nicht sein, dass all die verschiedenen Interessen und Mitnahmewünsche und Grundsatzfragen die Entwicklung der Stadt anhalten. Wir sind nicht die Partei des Stillstandes.

Und deshalb haben wir uns in das große Kriegerprojekt eingeschaltet, das kurz vor dem Scheitern stand. Da geht es um Hunderte Millionen Euro und hunderte Arbeitsplätze. Der Regierende Bürgermeister hat doch Recht, wenn er sagt, dass wir solche Hängepartien beenden müssen. Auch das haben wir gut vorbereitet, schon vor Monaten. Denn wir begreifen dieses Projekt als echten Testfall einer ordnungspolitisch herausragenden Neuerung in Berlin, die wir der CDU hart abgerungen haben.

Wir haben beim Koalitionspartner durchgesetzt, dass wir, wie in München seit 10 Jahren erprobt, Wertsteigerungen von Berliner Flächen durch öffentliche Bauplanungsänderungen nicht nur abschöpfen, sondern damit Mieten stabilisieren. Es geht vor allem um die großen Flächen der Stadt, die als Außenbereichsflächen baurechtlich kaum nutzbar sind und deshalb einen geringen Wert haben. Wenn wir da Baurecht schaffen dann schießt der

Wert natürlich in die Höhe. Diese Wertsteigerungen können nach Bundesrecht abgeschöpft werden und München hat damit gute Erfahrungen gemacht. Wir haben zudem das Hamburger Modell durchgesetzt und den Drittmix der Mieterstruktur verabredet.

Jetzt ist der Investor bereit, 750 Wohnungen zu bauen und 250 davon zu Mieten von 5,50 Euro. Das muss uns mal jemand nachmachen. Das ist unser Erfolg und der vom Regierenden Bürgermeister und Michael Müller.

Gemessen am verfügbaren Einkommen sind die Mieten schon heute hoch. Und gerade weil Menschen die Stadt anziehend finden und Berlin wächst, mussten wir strategisch umsteuern.

Wir haben in Großsiedlungen des sozialen Wohnungsbaus die Mieten gekappt und finanziert. Bei uns haben Mieterinnen und Mieter einen bis zu 10jährigen Schutz vor Eigenbedarfskündigung bei der Umwandlung in Wohneigentum.

Wir fordern nicht nur vom Bundesgesetzgeber die Umlagefähigkeit für Modernisierungen von 11% auf 9% zu senken. Wir haben das in unserem Mietenbündnis für unsere Wohnungen durch echten Einnahmeverzicht in Berlin umgesetzt. In unseren Wohnungen darf die Miete in 4 Jahren nur um 15% steigen. Liebe Kolleginnen und Kollegen aus dem Bundestag, da liegt die Messlatte hoch und wir sind sicher: Das lasst ihr euch von der Kanzlerin nicht weglächeln.

In zwei Jahren ist der Bestand an öffentlichen Wohnungen um 15.000 gestiegen – auf mittlerweile 285.000 Wohnungen in Landesbesitz. Wir haben die Entwicklungen des Marktes richtig eingeschätzt und haben die BIH mit ihren 20.000 Berliner Wohnungen gehalten. Und wir werden durch unseren Wohnungsbaufonds und unsere Wohnungsbaugesellschaften über eine Milliarde Euro für neuen preiswerten Wohnungsbau einsetzen. Mieterschutz hat in unserer Stadt einen Namen: Michael Müller.

## Tempelhofer Feld

Genossinnen und Genossen, die Stadtgesellschaft steht vor einer ganz grundsätzlichen, hochpolitischen Frage. Wir wissen, dass Mietenstabilität nicht allein durch Gesetze und Verordnungen zu gewährleisten ist. Wir sind sicher, dass Mietenstabilität nicht allein durch Subventionierung aus dem Landeshaushalt zu gewährleisten ist. Wir erleben immer wieder, dass in unseren hochverdichteten Innenstadtquartieren um jede Baulücke gerungen wird. Alle sind sich einig, dass zu diesen Maßnahmen in der wachsenden Stadt massiver Wohnungsneubau von zehntausenden Einheiten kommen muss.

Was sagen wir denn den Kleingärtnern dieser Stadt, deren Schutzfristen wir mühsam erringen, den Nachbarn im Kiez, die um ihre Spielplätze kämpfen, den Künstlern, die auf bezahlbare Flächen angewiesen sind und in Zwischennutzungen arbeiten? Und was sagen wir den Bezirken, denen wir gerade neues Personal und eine Prämie für die beschleunigte Baugenehmigung zugesagt haben? Aber vor allem: Was sagen wir den weit über 2 Millionen Mieterinnen und Mietern unserer Stadt, die Sorge vor steigenden Mieten haben, wenn wir die größte innerstädtische Freifläche nicht einmal behutsam randbebauern können?

Die Initiative 100% Tempelhofer Feld schreibt uns viele Dinge auf, schöne Worte. Aber Fakt ist: Die Initiative hat Berlin ein Tarngesetz vorgelegt. Denn dort steht Schwarz auf Weiß drin: Auf dem ganzen Tempelhofer Feld dürfen keine Gebäude errichtet werden. Keine preiswerten Mietwohnungen am Rande, obwohl die vorgesehene Freifläche in der Mitte des Feldes größer als der Tiergarten bleiben soll.

100% Feld –  
0% Berlin.

Wir sind uns da einig, die Fraktion, der Regierende Bürgermeister, der Senat, und die Partei. Hier geht es um was ganz und gar grundsätzliches. Um etwas, was ganz Berlin angeht. Es geht um die Frage, ob wir Menschen aus aller Welt weiterhin bei uns willkommen heißen, in der wachsenden Stadt, ob wir weiterhin hart daran arbeiten, Mieten

auch in der Innenstadt für alle erschwinglich zu gestalten, es geht um Solidarität für die ganze Stadt. Darf man in Berlin, in der wachsenden Stadt, überhaupt noch bauen? Das ist die einzige Frage, die hier gestellt wird.

Die gesamte Berliner SPD hat eine ganz klare Haltung. Wir sagen JA zum Wohnungsbau, wir wollen und müssen in Berlin bauen und lehnen deshalb diesen Volksentscheid ab.

### Verkehr

Genossinnen und Genossen, der Verkehr – egal ob Straße, Fahrrad, ÖPNV oder zu Fuß – ist Schwerpunkt einer soliden Stadtpolitik. Wir wollen eine stabile Verkehrsinfrastruktur und haben deshalb 25 Millionen Euro zusätzlich für unser Schlaglochanierungsprogramm bereitgestellt. Für bessere und neue Radwege stehen weitere 7 Millionen Euro zur Verfügung. Alle Busse der BVG und rund 100 U-Bahnhöfe sind barrierefrei.

Und ja, wir wollen auch am automatischen Kneeling unserer BVG-Busse festhalten. In diesem Jahr wird die Ausschreibung der S-Bahn abgeschlossen. Ja, das Verfahren hat einen Rechtsrahmen. Wir halten aber an unserem politischen Ziel fest: Unsere S-Bahn hat einen unmittelbaren Auftrag in einem Kernbereich der Daseinsvorsorge und muss im öffentlichen Interesse arbeiten. Wir behalten uns daher vor, es im Zweifel selbst zu machen.

### Kultur

Genossinnen und Genossen, in diesen letzten zwei Jahren wurde Berlins Kulturlandschaft weiter erhalten, weiter gestärkt. Viele Menschen aus der ganzen Welt sind sich einig: Berlin gilt als das kreative Zentrum Deutschlands. Wir wissen das und setzen seit Jahren einen politischen Schwerpunkt auf den Erhalt und die stetige Weiterentwicklung unserer vielfältigen Kulturlandschaft.

Einfach ist das alles nicht. Aber unsere herausragende Kulturlandschaft gehört zur DNA unserer Stadt – sie prägt das Gesicht Berlins, sie ist aber auch ein Standortvorteil. Und da meine ich unsere Berliner Mischung, auf die wir so stolz sind: Wir stehen für die großen

Bühnen genau so, wie für unsere freie Szene.

Wir haben 200 Museen, 470 Galerien, 100 Kinos mit über 300 Leinwänden, 100 neue Ateliers, und vieles mehr. Und ganz klar: Wir haben unseren Regierenden Bürgermeister, Klaus Wowereit, der ja bereits für sich genommen Kulturgut ist. Aber nicht nur die Berliner SPD. Die ganze Stadt und das Land haben ihm auch diese erfolgreiche Entwicklung unserer Kulturlandschaft zu verdanken.

### Demographie und Gesundheit

Berlin gibt auch die richtige Antwort auf den demographischen Wandel. Unsere Gesellschaft muss sich darauf einrichten, dass die Menschen älter werden. Wir meinen damit ein würdevolles, ein mobiles, ein teilhabendes längeres Leben. Berlin ist ein weltweit führender Ort hochklassiger medizinischer Forschung und medizinischer Versorgung. Berlin hat eine herausragende Gesundheitswirtschaft, ein echter Wachstumsmotor der Stadt. 220.000 Menschen arbeiten in der Berliner Gesundheitswirtschaft.

Unsere Charité und Vivantes beschäftigen tausende Menschen und haben mit ihren über 8.000 Betten mehr als 1,2 Millionen Menschen behandelt. Klar ist: Wir sanieren unsere Charité. Klar ist auch: Wir werden unsere Krankenhausfinanzierung neu justieren und meinen damit eine deutliche Verbesserung.

Und wir haben das Integrierte Gesundheitsprogramm und das Aktionsprogramm Gesundheit durchgesetzt und ausfinanziert. Wir stehen genauso für unsere 6 regionalen Suchthilfedienste in Berlin. Wir stehen in besonderer Weise an der Seite derer, die staatliche Hilfe brauchen. 15% unseres Landeshaushaltes geben wir für soziale Zwecke aus.

Wir leisten uns ganz bewusst 13 Mobilitätshilfedienste, 27 Pflegestützpunkte und 20 Besuchsdienste. Wir finanzieren ganz bewusst 31 Freizeit- und Beratungsangebote für Menschen mit Behinderung. Wir unterstützen ganz bewusst unsere Straßensozialarbeit, die Bahnhofsdienste und die Kältehilfe. Ganz bewusst halten wir auch an unserem Berlinpass fest und gestalten unsere Wohnaufwendungsverordnung sozial.

## Inklusion

Genossinnen und Genossen, ich sage das nicht leichtfertig, aber eins ist auch klar: Wir müssen uns auch an der Schnittstelle von Sozial-, Gesundheits- und Bildungspolitik ehrlich machen. Wir müssen uns der wichtigen Herausforderung der Inklusion stellen.

Wir leisten da viel, das lassen wir uns auch nicht weg reden. Aber es liegt zugleich noch ein weiter Weg vor uns. Auch hier zeigt sich: Die SPD hat die zentrale Funktion und den zentralen Anspruch, wirtschaftlichen Erfolg und soziale Verantwortung zusammen zu denken und zusammen zu gewährleisten.

## Finanzen

Bei alledem haben wir eine lange, eine strategische Linie. Sie hat unsere Stadt voran gebracht. Wenn wir zum Ende dieser Legislaturperiode die letzten 15 Jahre bilanzieren werden, dann wird eins feststehen: Ohne unseren mutigen und konsequenten Kurs beim Mentalitätswechsel, ohne unser verantwortungsbewusstes Durchhalten, ohne die Solidarität unserer Beschäftigten und unserer Bezirke, ohne unsere Fraktion und Partei würden wir heute mehr als 85 Milliarden Euro Schulden haben.

Demgegenüber besteht die Chance, dass wir schon bald bei etwa 60 Milliarden Euro sein werden. Das bleibt eine schwere Hypothek. Aber ein Gemeinwesen um 25 Milliarden Euro Schulden zu entlasten – das ist einmalig; das haben Stadt und Land vor allem Klaus Wowereit zu verdanken.

Zugleich sage ich: Die Strategie der Ausgabenbegrenzung wird zukünftig nicht mehr genügen. Solche Reserven sind nicht mehr zu heben. Wir hören und sehen das an allen Ecken und Kanten in der Stadt.

Aber ich will hier mit einem ganz entscheidenden und gefährlichen Missverständnis aufräumen. In der Stadt macht sich eine Einschätzung breit, uns stünden nun die fetten Jahre bevor, wir könnten nachlassen. Es stimmt: Wir haben Überschüsse erarbeitet und

Schulden getilgt. Es stimmt: Wir haben seit vielen Jahren erstmals einen ausgeglichenen Landeshaushalt vorgelegt. Es stimmt auch, dass uns die ohnmächtige Opposition nur noch für Finanzierungsmethoden kritisiert – aber keine strategische Alternative hat.

Aber wir erheben auch in Zukunft Führungsanspruch, der sich nicht aus Formalkritik oder einem kleinen Karo ableitet. Wir erheben politischen Gestaltungsanspruch, der durch inhaltliche Weitsicht und entsprechende Weichenstellung begründet wird. Wir wissen, dass uns vier zentrale Elemente unter Druck bringen. 1) Wir haben ein absehbares Zinsrisiko von etwa einer Milliarde Euro. 2) Wir werden schon in wenigen Jahren weit über eine Milliarde Euro mehr für unser Personal ausgeben, als heute. 3) Demgegenüber werden uns dann die fast 1,5 Milliarden Euro aus dem Solidarpakt fehlen. 4) Die Bund-Länder-Finanzbeziehungen werden neu geordnet, sowohl, was den Länderfinanzausgleich anbelangt, als auch die Bundesergänzungszuweisungen. Wir müssen also mit einer Finanzierungslücke von Milliarden Euro rechnen. Und zwar Jahr für Jahr.

Wenn wir das sehen, wenn wir zugleich den Haushalt nicht mehr mit Krediten finanzieren können, dann rückt das logischerweise unsere Einnahmen in den Fokus. Fraktion, Senat und die Parteispitze haben das erkannt. Aber wir müssen es gemeinsam der ganzen Stadt erklären.

### Einnahmen

Auch deshalb arbeiten wir so intensiv an der Rekommunalisierung. Wasser zurückzuholen und auch die Art und Weise ist doch auch wirtschaftlich vernünftig. Wir hatten einen Kaufpreis von 500 Millionen Euro weniger als seinerzeit. Mir kann niemand erzählen, dass das nicht ein riesiger Erfolg wäre. Und das bei einem gesunden Unternehmen: Die Berliner Wasserbetriebe haben über lange Zeit ein stabiles Betriebsergebnis um die 400 Millionen Euro. Das ist eine Riesen-Erfolgsgeschichte unserer Fraktion und von Senat und Partei. Das ist auch ein großer Erfolg von Ulrich Nussbaum, Genossinnen und Genossen.

Unsere Landesbeteiligungen stark zu machen, ist ein zentraler Bestandteil. Auch deshalb sind wir im Vergabeverfahren um die Gas- und die Stromnetze und haben dafür Haushaltsvorsorge geschaffen. Die halbe Welt will diese Netze doch nicht, weil da was zu

verschenken wäre.

Und es war auch richtig, die City-Tax einzuführen und vor allem die Grunderwerbssteuer zu erhöhen. Wenn es gut läuft bringt das bis zu 150 Millionen Euro Mehreinnahmen. 300 Millionen Euro waren die Einnahmen bei der Grunderwerbssteuer, als wir sie 2011 erhöht haben. Heute reden wir von über 800 Millionen, Tendenz steigend; von einem Zusammenbruch des Immobilienmarktes kann weit und breit keine Rede sein. Und auch durch die City-Tax werden wir keine Umkehrung bei den Übernachtungszahlen erleben.

Wir mussten alle schmunzeln, dass der Koalitionspartner unsere Finanz- und Haushaltspolitik als eigenen Erfolg verkauft hat. Zum Glück erinnern wir uns alle noch sehr gut an die letzten Haushaltberatungen. Die Stadt kann es sich nicht leisten, von wichtigen politischen Ausnahmen wie z.B. bei den Wasserpreisen und den Liegenschaften abgesehen, bei den konsumtiven Ausgaben draufzusatteln. Zur Weitsicht unserer Haushalts- und Finanzpolitik gehört, dass wir unsere investiven Ausgaben verstärken. Das wird sich langfristig bezahlt machen.

Die SPD garantiert in Berlin stabile Finanzen und wir werden deshalb weiter sparen. Aber zugleich werden wir an der Verbesserung unserer Einnahmen arbeiten und damit das leisten, was wir in Berlin tun können.

Aber mindestens so wichtig ist die Neuordnung auf der Bundesebene. Die Bund-Länder-Finanz-Beziehungen: Da spielt die Musik. Und das wird in den kommenden Jahren geregelt, nicht in ferner Zukunft. Deshalb sage ich: Wir werden wirklich alles lassen, was uns da angreifbar macht. Wir werden auch aus diesem Grunde Schulden tilgen, nicht nur, weil es uns dauerhaft entlastet.

### Personal

Genossinnen und Genossen, wir haben in der letzten Klausur gesagt, wie wir uns eine Personalentwicklung für die Berliner Verwaltung vorstellen. Wir haben das im Parlament verabredet und beschlossen. Uns kommt es nicht auf starre Zahlen an. Sondern auf eine aufgabenkritische Sichtweise. Und vor allem auf eine klare Personalbedarfsplanung des

Senats.

Berlin ist in den Tarifverbund der Länder zurückgekehrt. Die Angestellten des öffentlichen Dienstes haben nach Jahren solidarischen Verzichts wieder eine klare Perspektive. Wenn wir es ernst meinen mit der Besoldungsanpassung auch für unsere Beamtinnen und Beamten, wenn wir eine echte Perspektive bieten wollen und wenn wir die Einkommensschere wirklich schließen wollen, dann müssen wir dafür einen ernsthaften Vorschlag unterbreiten. Und das werden wir auf dieser Klausurtagung tun.

### Innenpolitik

Liebe Genossinnen und Genossen, wir werden an diesem Wochenende über Innenpolitik reden, um unser innenpolitisches Rahmenprogramm zu erarbeiten. Wir werden – und dem will ich auch nicht vorgreifen – sagen, was wir für den besten Weg für Berlin halten. Wir werden aufzeigen, was wir in der Koalition umsetzen wollen. Und, Genossinnen und Genossen, wir werden auch klar sagen, was mit uns nicht geht.

Wir wollen unsere Stadt sicher, offen und liebenswert gestalten, offen für alle Lebensentwürfe in klaren Grenzen unserer Werte einer liberalen, pluralistischen Gesellschaft.

Ich möchte aber auch unsere Wertschätzung für unsere Polizei zum Ausdruck bringen. Wir brauchen sie, die Kolleginnen und Kollegen, für unser Gemeinwesen. Genau so, wie unsere Feuerwehr und viele andere. Ich möchte, dass wir eine echte Imagekampagne für die Berliner Polizei verabreden, dass wir allen Beamten zeigen, dass wir ihre tagtägliche schwere Arbeit schätzen. Ich möchte, dass die SPD-Fraktion diesen Berlinerinnen und Berlinern aufzeigt, dass wir großen Respekt vor dieser so wichtigen Arbeit haben.

Diesen Respekt haben wir bereits zum Ausdruck gebracht, als wir insgesamt im Bereich Polizei und Justiz über 500 zusätzliche Stellen geschaffen haben, zuletzt, in den Haushaltsberatungen – und das war bei weitem keine CDU-Idee.

### Tierpark

Genossinnen und Genossen, ein wichtiges Thema unserer Klausur wird die Zukunft der Berliner Bäder sein. Und wir werden erneut zeigen, was wir unter Politik mit Weitblick verstehen.

Als ich vor einiger Zeit den Gedanken einer Schwimmhalle im Berliner Tierpark unterstützt habe, hatte die Opposition nur hilflose Argumente. Ich habe viel Zuspruch dafür erhalten. Aber es gab auch kritische Stimmen, was mich sehr freut, denn dann können wir uns immer wieder prüfen, ob wir was übersehen haben.

So schrieb mir ein aus Westdeutschland stammender Abteilungsvorsitzender aus Pankow, die deutliche Mehrheit der Ostberliner würde so was ablehnen; ich solle doch mehr Respekt vor dem Osten haben. Genossinnen und Genossen, das hat mich gewundert. Normalerweise kriege ich zu hören: Ich sei ein „Intensiv-Ossi“

Aber fragen wir sie doch, die deutliche Mehrheit der Menschen im Ostteil der Stadt. Ich sage, fragen wir doch jeden Tierparkgast, was von diesem Vorschlag zu halten ist. Und fragen wir doch auch diejenigen, die bisher nicht ihren Weg in den Tierpark finden. Ich bin überzeugt, wir brauchen uns mit unseren Ideen nicht zu verstecken. Lasst uns in den Dialog mit der Stadtgesellschaft über die Zukunft des Tierparks gehen. Lasst uns einen Tierparkdialog organisieren.

Der Tierpark ist ein Juwel der Stadt, er ist Europas flächenmäßig größter Tierpark. Das ist ein Vorteil aber auch Nachteil zugleich, denn es gibt weite Wege.

Er liegt nicht so zentral wie der Zoo und hat deshalb mit knapp einer Million Besuchern nur 1/3 so viele, wie der Zoo.

Wir als SPD-Fraktion bekennen uns ganz klar zum Erhalt des Tierparks. Aber er braucht dauerhaft Zuwendungen im hohen Millionenbereich. Die bisher vorliegenden Vorschläge mit einem Investitionsvolumen von 83 Millionen Euro finden keine politische Mehrheit, bei keiner Fraktion im Abgeordnetenhaus.

Die einzige Schwimmhalle Deutschlands, die keine Defizite macht, liegt im Brandenburger

Lübbenau. Sie ist kein Spaßbad aber kindergerecht, mit Rutschen und mit Tieren hinter Glasscheiben, ein Riesenvergnügen für Familien und vor allem, ein echter touristischer Magnet für die ganze Gegend.

Der Tierpark hat ein Kassen- und Einlasssystem, Sicherheitspersonal, Wasseraufbereitung, freie Flächen, Reinigungskräfte, alles bereits da. Familien und Touristen gehen mit demselben Ticket baden und danach Elefanten und Tiger anschauen. Es lohnt auch der etwas weitere Weg.

Wir werden aber dabei nicht stehen bleiben und auch darüber hinaus denken. Deshalb sind wir sehr gespannt auf die Analysen des neuen Bäderchefs. Eine Schließung unserer Kiezbäder ist mit uns nicht zu machen. Aber wir sind der Haushaltsgesetzgeber und wir können sehr wohl Investitionen bereitstellen, wenn wir vom Konzept überzeugt sind.

### Abschluss

Genossinnen und Genossen, das Bäderthema, aber auch die Erfolge unserer Bilanz und unser optimistischer Ausblick sind ohne eine handlungsfähige und in sich gut abgestimmte Fraktion nicht möglich.

Wir sind zu einem echten Team gewachsen. Wir hören einander zu und wägen dann gemeinsam konstruktiv ab. Wir haben eine Menge bewegt, in diesen ersten Jahren dieser Legislaturperiode. Wir sind klar die gestaltende politische Kraft in Berlin, gemeinsam mit Senat und Partei.

Wir alle wissen gemeinsam, dass Berliner Themen immer auch für ganz Deutschland wichtig sind. Wir haben die Bundesregierung, viele Verbände und Medien, viele Unternehmenszentralen und auch viele Firmen der Zukunft. Wir sind nicht zuletzt der kreative Schmelztiegel dieses Landes. Aber: Bei uns spiegeln sich die sozialen und die ökonomischen Probleme der ganzen Republik. Deshalb sind wir nicht nur formal die Hauptstadt. Denn was bei uns gelingt, kann auch in ganz Deutschland gelingen.

Dieser großen Verantwortung werden wir gerecht. Nicht zuletzt deshalb bin ich stolz auf

meine, bin ich stolz auf unsere Fraktion.

Ich wünsche mir auch für diese Klausur eine konzentrierte und konstruktive Debatte. Ich wünsche uns auch ein gutes Miteinander. Die Klausurtagung ist hiermit eröffnet.